

Staatssekretärin

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten  
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

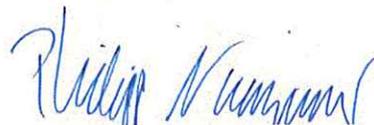
An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/6869**

nachrichtlich:  
Frau Präsidentin  
des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein  
Dr. Gaby Schäfer  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

über das:  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

Gesehen und weitergeleitet:  
Kiel, 15.11.2016



9. November 2016

**Sitzung des Finanzausschusses am 8. September 2016  
TOP 4 zu Reorganisation der Erstaufnahmeeinrichtungen (Umdruck 18/6403)  
Bitte des Abg. Neve**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der Niederschrift zu o.g. Sitzung hat Herr Abgeordneter Neve die Landesregierung gebeten, die finanziellen Auswirkungen der Rückabwicklung der nicht mehr benötigten Standorte darzulegen.

Dem Geschäftsbereich des MIB wurden mit dem Haushalt 2016 für Aufgaben im Zusammenhang mit den steigenden Flüchtlingszahlen zusätzlich 355 Plan-/Stellen für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA), 200 Plan-/Stellen für die Polizei und 55 Plan-/Stellen für das Ministerium zur Verfügung gestellt.

Von den 355 neuen Plan-/Stellen für das LfA sind 29 bereits mit dem Nachtragshaushalt 2016 weggefallen und 30 mit dem Haushaltsentwurf 2017. Weitere 145 nicht benötigte Plan-/Stellen sollen mit den Änderungsvorschlägen gegenüber dem Haushaltsentwurf 2017 wegfallen. Die übrigen 151 Plan-/Stellen werden nach aktueller Planung zur Aufgabenerfüllung benötigt.

Von den ursprünglich für das MIB bereitgestellten 55 neuen Stellen werden 16 Stellen nicht benötigt, die mit den Änderungsvorschlägen gegenüber dem Haushaltsentwurf 2017 wegfallen sollen.

Von den 200 Plan-/Stellen für die Polizei werden mit der Nachschiebeliste zehn Planstellen zurückgegeben.

Durch diese Stelleneinsparungen verringern sich die Personalkosten mit den Anmeldungen zur Nachschiebeliste um 8.130 T€. Weitere Kostenminderungen in Höhe 74.156 T€ (von 121.756 T€ auf nunmehr 47.600 T€) resultieren aus der reorganisationsbedingten Anpassung der Werkverträge und sonstigen Verträge (Wachdienst, Küchenbetriebe/Catering, Unterbringung, Betreuung und Beratung, Sprachkurse, Transfer-Kosten zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).

Mit freundlichen Grüßen

gez. Manuela Söller-Winkler